

Astrid Rothe-Beinlich, MdL

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Bildung und Jugend,
Migration, Integration und Flucht, Justiz
sowie Religion, Rassismus und
Aufarbeitung der grünen Fraktion im
Thüringer Landtag

www.rothe-beinlich.de
Erfurt/Weimar, Oktober 2019

Überblick über 5 Jahre politische Entscheidungen im Thüringer Landtag - 2014 bis 2019 - mit deutlich erkennbar grüner Handschrift

2019:

Paritätsgesetz: Die Hälfte der Thüringer*innen sind weiblich. Damit sich das auch im Landtag widerspiegelt, haben wir nach jahrelangem Ringen ein Paritätsgesetz durchgesetzt. Das Gesetz wird ab der nächsten Landtagswahl greifen.

Ein neues Kindergartengesetz: Es enthält ein umfassendes Maßnahmenpaket in Höhe von 142 Millionen Euro bis zum Jahr 2022 zugunsten von mehr Qualität in den Kindergärten. Dieses wird u.a. dazu führen, dass ab 2020 zusätzlich weitere 530 Erzieher*innen eingestellt werden können.

Der Weltkindertag, 20. September, ist 2019 erstmals gesetzlicher Feiertag in Thüringen. Wir wollen weiterhin erreichen, dass die Kinderrechte endlich in Grundgesetz und Landesverfassung aufgenommen werden.

2020 startet das Modellprojekt für multiprofessionelle Teams an (zunächst) 100 Krippen und Kindergärten.

Ebenfalls 2020 wird Thüringen ein Modellprojekt zur Einführung der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung umsetzen. Dieses startet mit 60 Plätzen und soll flächendeckend ausgeweitet werden.

Bereits zum 10. Mal fand unsere dreitägige "GrenzerFAHRung" entlang des Grünen Bandes statt. Die Tour findet jeweils rund um den 13. August statt, um an den Bau der Mauer vor 58 Jahren und die Teilung Deutschlands und Europas zu erinnern.

Thüringen wird sicherer Hafen.

Thüringen bekommt ein neues, ein modernes und inklusives Schulgesetz.

[Video-Dolmetschen](#) wird für alle öffentlichen Institutionen, Krankenhäuser, Beratungsstellen, Vereine und Verbände in der Flüchtlingsarbeit in Thüringen dank Flatrate möglich.

Die [Geschäftsordnung](#) des Thüringer Landtages wird nach langem Ringen in geschlechtergerechte Sprache überarbeitet und beschlossen.

Der [Abschiebeerlass](#) wird überarbeitet: Krankenhäuser sind endlich auch verlässliche Schutzräume.

Der legislative Fußabdruck wird sichtbar: Das [Beteiligten-Transparenz-Gesetz](#) wird nach langem Ringen im Landtag verabschiedet. Jede schriftliche Einflussnahme auf ein aktuelles Gesetzgebungsverfahren muss damit öffentlich gemacht und dokumentiert werden.

[Unsere Akten bleiben hier](#). Es gibt nun ein tragfähiges Konzept für die dauerhafte Sicherung der Unterlagen des ehem. MfS.

Sicher ist nur das Risiko. Thüringen lehnt politisches Konstrukt der sog. [Sicheren Herkunftsstaaten](#) ab.

2018:

Am 9. November hat der Thüringer Landtag den ehemaligen Todesstreifen der innerdeutschen Grenze auf 763 km per Gesetz zum Nationalen Naturmonument erklärt. Das Grüne Band steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur und ist zugleich Lebenslinie, in Form eines einmaligen Biotopverbunds

Gesetz zur [eigenständigen Jugendpolitik](#) auf den Weg gebracht – [Jugendpauschale](#) mit mindestens 15 Mio. Euro gesetzlich verankert.

Bundratsinitiative zur [Verbesserung der finanziellen Lage](#) in der DDR politisch Verfolgter ist erfolgreich

Dr. Peter Wurschi wird neuer Thüringer [Landesbeauftragter](#) für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

[Wählen mit 16](#) bei Kommunalwahlen eingeführt.

Verbesserte Bezahlung von [Regelschul-Lehrer*innen](#) eingeführt.

Die Novellierung des [Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungs-Gesetzes](#) stärkt Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen, Jugend- und Schulsozialarbeit wird langfristig finanziert.

Das [Azubi-Ticket](#) kommt – und ist in fast allen Landkreisen etabliert.

Neues [Ministergesetz](#) verabschiedet. Eine Karenzzeit von 24 Monaten soll Abschöpfen von Insider-Wissen erschweren.

Ein [Bleiberechtserlass](#) des grün geführten Migrationsministeriums schützt Opfer rechter und rassistischer Gewalt vor einer Abschiebung.

Das neue [Richter- und Staatsanwältegesetz](#) stärkt die Unabhängigkeit der Justiz.

Ehemalige [SED-Gelder verstärkt für Aufarbeitung](#) einsetzen - der Antrag der Koalition, wesentlich von uns angeschoben, wird angenommen.

Die [Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze](#) wird auch auf Initiative Thüringens im Bundesrat beschlossen und 2019 auch vom Bundestag bestätigt.

2017:

Ein [neues Kita-Gesetz](#) schafft in zwei Stufen neue Personalschlüssel und erhöht dadurch die Personalausstattung. Zudem wird für das Vorschuljahr die Beitragsfreiheit eingeführt.

Thüringen bekommt ein [Integrationskonzept](#). Das mehr als hundert Seiten umfassende Paket, maßgeblich durch die Integrationsbeauftragte Mirjam Kruppa erarbeitet, beschreibt eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, wie Zuwanderung und Integration in Thüringen in den nächsten Jahren aktiv gestaltet werden sollen.

Stärkung der [dezentralen Unterbringung von Geflüchteten](#) in Wohnungen - ab 2018 wird die Landesregierung keine Förderung mehr für Gemeinschaftsunterkünfte geben. Das Geld soll künftig für die Schaffung von dezentralem Wohnraum genutzt werden.

Die Lehrkräfte für [Deutsch als Zweitsprache](#), an den Schulen für die Beschulung von zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen dringend benötigt, erhalten eine dauerhafte Perspektive statt nur befristeter Verträge.

2016:

Einführung der [elektronischen Gesundheitskarte](#) für Geflüchtete.

Neues [Erwachsenenbildungsgesetz](#) schafft verlässliche Perspektiven durch eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen und freien Träger.

Astrid Rothe-Beinlich präsentiert die Film-Tour „Keinen Meter Deutschen Boden - Die Extreme Rechte in Thüringen“ in [Gera](#) und [Weimar](#).

Die Weiterführung des [Thüringen-Kolleg](#) in Weimar ist gesichert.

17. Juni wird [Gedenktag für Opfer des SED-Unrechts](#).

Das Graduiertenkolleg „Die DDR und die Europäischen Diktaturen nach 1945“ an der FSU Jena wird gegründet.

2015:

Das neue [Gesetz über Schulen in Freier Trägerschaft](#) sichert eine auskömmliche Finanzierung und beendet das Gegeneinanderausspielen von freien und staatlichen Schulen.

Thüringen hat endlich ein [Bildungsfreistellungsgesetz](#), wenn auch als eines der letzten Länder. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz stärken wir lebenslanges Lernen und den Zugang zu Weiterbildung.

[Der 8. Mai wird landesweiter Gedenktag](#) in Erinnerung an die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Beendigung des 2. Weltkrieges.

Das überarbeitete [Abgeordnetenüberprüfungsgesetz](#) wird im Landtag verabschiedet.

2014:

Erlass eines Winterabschiebestopps – als erste Maßnahme der neuen Landesregierung.